

Zeitschrift: Historisches Neujahrsblatt / Historischer Verein Uri
Herausgeber: Historischer Verein Uri
Band: 75-76 (1984-1985)

Artikel: Schlussbetrachtungen
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-405801>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

SCHLUSSBETRACHTUNGEN

1. Uri erlebte die Zeitereignisse nicht von innen heraus. Die Ideen der Aufklärung vermochten, sofern sie überhaupt bis in den Kanton Uri vordrangen, keine Wurzeln zu schlagen. Die Revolution musste dem kleinen Bergkanton gewaltsam aufgezwungen werden. Spuren revolutionärer Gärung oder auch nur das Bedürfnis nach einer Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Zustände sind nicht erkennbar, obwohl die herrschende Staats- und Gesellschaftsordnung viele Mängel aufwies. Die konservative Urner Bevölkerung stand Neuerungen, die sich nicht durch einleuchtenden Nutzen empfahlen, skeptisch gegenüber. Man verliess nicht gern den gesicherten Boden des Alten, um dafür etwas Ungewisses einzutauschen. Die Vorteile der alten Regierungsform wogen schwer: kantonale Souveränität, Mitspracherecht in Gemeinde und Staat, vertraute, überblickbare Verhältnisse, billige Staatsverwaltung und Rechtsprechung. Diese Zufriedenheit mit der alten Ordnung bildete einen unüberwindlichen Schutzwall gegen alles Neue.
2. Im Gebiet des alten Kantons Uri stellen wir eine hartnäckige Abwehrhaltung gegen die Helvetik und ihre Träger fest. Der Verlust der kantonalen Selbstbestimmung, die Degradierung zu einem blossen Verwaltungsbezirk, die übergrosse Zurückhaltung der repräsentativen Demokratie bei der Uebertragung direkter Macht an das Volk, die wirtschaftliche Verelendung, die kostspielige Verwaltung, die Einführung der persönlichen Steuerpflicht, die schwache Leistungsfähigkeit der von wirtschaftlichen und politischen Krisen geschüttelten Republik - besonders offenkundig bei der völlig unzureichenden staatlichen Unterstützung und den sich anhäufenden Lohnrückständen -, die raubenden Heere und das Bewusstsein der totalen Abhängigkeit von Frankreich waren schlechte Werbe-

träger für die neue Ordnung. Mit dem Strauss politischer Freiheitsrechte, welche die Revolution dem Urner bescherte, vermochte dieser wenig anzufangen. Ein Grossteil der Urner Geistlichkeit war durch die eigene Haltung, die von Ablehnung, Misstrauen oder zumindest grosser Zurückhaltung geprägt war, verhindert, Vorurteile der Bevölkerung gegen den als religionsfeindlich geltenden Staat abzubauen.

3. Eine nennenswerte helvetisch gesinnte Partei, die gestaltend und bestim mend in die Politik eingreifen konnte, gab es in Uri nicht. Die helvetisch gesinnten Bürger waren an Ansehen unbedeutend und an Anzahl verschwindend klein. Selbst eine Auseinandersetzung um die Errungenschaften der Revolution und die neuen staatsleitenden Ideen vermochte diese Gruppe nicht anzuregen. Sie stand einem festgefügten Abwehrblock gegenüber.
4. Die politische Zielsetzung Uris ging auf eine möglichst umfassende Wiederherstellung der alten Ordnung mit voller kantonaler Souveränität. Ob die prinzipielle Anerkennung der Rechtsgleichheit als politische Notwendigkeit erkannt wurde, oder ob sie lediglich ein taktisches Zugeständnis an die politischen Gegebenheiten darstellte, das man unter veränderten Umständen wieder rückgängig machen wollte, lässt sich nicht beurteilen. Die Einsicht, dass eine Reform der Schweiz nur über eine Stärkung der Zentralgewalt möglich war, scheint zumindest bei Jost Anton Müller und Josef Emanuel Jauch vorhanden gewesen zu sein; aber selbst das kann nicht mit Bestimmtheit gesagt werden.
5. Angesichts dieser Haltung, die sich in konsequenter Ablehnung der helvetischen Ordnung und in Sehnsucht nach der Wiederherstellung des vorrevolutionären Zustandes erschöpfte, ist es auffallend, mit welch ängstlicher Zurückhaltung Uri

für seine politische Zielsetzung eintrat. In Uri fehlte, ganz im Gegensatz zu den übrigen Urkantonen, die Bereitschaft, die Verwirklichung der politischen Vorstellungen mit Waffengewalt zu erzwingen.

6. An gesamtschweizerischer Politik war der Urner nicht interessiert; eine über die Distriktsgrenze hinausgehende Solidarität war ihm weitgehend fremd. So hätte sich Uri, solange nicht mehr zu erreichen war, gerne mit einem Sonderstatus zufriedengegeben, der es ihm erlaubt hätte, in den alten politischen Einrichtungen weiterzuleben.
7. Die Urner Oppositionspolitik blieb im Fahrwasser von Schwyz. Nur selten griff Uri aktiv ins nationale politische Geschehen ein, nur selten ging es in der Innerschweiz initiativ voraus.
8. Der alteidgenössische Partikularismus blieb in Uri wie in keinem anderen Teil der Urkantone während der Revolution lebendig. Dieses enge politische Denkschema liess die Urner nur sehr zögernd und halbherzig an gemeinsamen Aktionen der Urkantone teilnehmen.
9. Das Verhältnis zwischen Uri und dem revolutionsfreundlichen Urserental war durch Spannung und gegenseitiges Misstrauen geprägt. Die Angst, der Konservatismus der Urner könnte unter veränderten politischen Umständen die teuer erkaufte Rechtsgleichheit wieder anfechten, liess die Ursner in einer helvetikfreundlichen Politik verharren. Aktionen, die sich gegen den Einheitsstaat und die Ergebnisse der helvetischen Revolution richteten, sind von Ursern keine ausgegangen.